

Was hat der Kohlekompromiss mit Europa zu tun?

Michael Hartmann

Am 6. Juni 2018 hat die Bundesregierung die Einsetzung der Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" beschlossen. Jetzt liegt der Abschlussbericht der sogenannten „Kohlekommission“ vor. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung soll bis spätestens 2038 vollzogen sein. Ich halte diese Fixierung auf ein Enddatum für unglücklich. Auch die hohen Strukturmittel von 40 Mrd. Euro, die in die betroffenen Regionen in Ostdeutschland und NRW fließen sollen, sind vor allem eine Konzession an anstehende Wahlen. Die besseren Alternativen zum fixen Datum für das Ende der Kohleverstromung wären eine CO₂-Steuer und die Stärkung des europäischen Emissionshandels (ETS) gewesen.

Damit hätten Marktkräfte den möglicherweise früheren Austritt der Kohle aus dem Markt bewirkt und zugleich Anreize für dringend benötigte und intensiviertere Investitionen in technische Innovationen, vor allem die Speichertechnologien, bewirkt. Die Energiewirtschaft wie die betroffenen Regionen brauchen keinen „20-Jahresplan“, sondern kurz- und mittelfristige Entwicklungsszenarien und entsprechend wirksame Anreize. Diese Anforderungen erfüllt derzeit leider der europäische Emissionshandel (ETS) ebenfalls nicht. Zukunftsinvestitionen bewirkt der ETS nur, wenn eine Investition zur Emissionsreduktion preiswerter als das Niveau der Zertifikatspreise ist. Derzeit erwerben Unternehmen lieber Emissionsrechte als in die Reduktion von Treibhausgasen zu investieren.

Der Ersatz eines Energieträgers sowie Strukturanpassungsmaßnahmen für betroffene Regionen müssten in der gesamten EU angegangen werden. Die Preis- und Steueranreize zur CO₂-Vermeidung können auch nur im Kontext des regulatorischen Umfeldes der Union Wirksamkeit entfalten. Hier den Mut zu haben, voran zu schreiten, würde den Klimaschutzziele mehr dienen, als neue nationale Alleingänge und Subventionen.